



VERBAND BINATIONALER FAMILIEN
UND PARTNERSCHAFTEN, iaf e.V.

Resolution

einstimmig verabschiedet auf der Bundesdelegiertenversammlung des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. am 25./26. April in Frankfurt/Main

Bundesgeschäftsstelle
Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt | Main

Fon ++49.(0)69.713756-0

Fax ++49.(0)69.7075092

Mail info@verband-binationaler.de

Net www.verband-binationaler.de

Wir fordern die politischen Parteien auf, die kulturelle Pluralität unseres Zusammenlebens zur Basis ihrer Aussagen im Wahljahr 2009 zu erklären. Die Belange binationaler und eingewanderter Bürger/innen sind Querschnittsthemen, die in allen Politikfeldern ihren Niederschlag finden. In einer Gesellschaft, die von Interkulturalität und einer Vielfalt von Lebensformen gekennzeichnet ist, sind ihre Anliegen im Interesse aller.

Das **Aufenthaltsgesetz** schränkt die Rechte von Bürger/innen mit familiärem Bezug zu Ländern außerhalb der EU massiv ein. Dies zeigt sich insbesondere beim Ehegattennachzug, aber auch in der restriktiven Erteilung der Besuchervisa von Angehörigen. Zuwanderungsregelungen dürfen das grundgesetzlich geschützte Recht auf freie Partnerwahl und Familienleben nicht beeinträchtigen.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. fordert deshalb eine Differenzierung: Während Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen eine offensive und attraktive Standortpolitik erfordert, berührt Zuwanderung aus familiären Gründen die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft und ist nicht verhandelbar.

In unserem **Bildungssystem** werden die Ressourcen interkulturell und mehrsprachig aufwachsender Kinder nach wie vor nicht genügend berücksichtigt. Individuelle Kompetenzen bleiben unsichtbar, hinter der Maxime des „Forderns und Förderns“ erscheint immer ein Mangel. Strukturelle Missstände werden den Menschen individuell angelastet, anstatt die Bildungseinrichtungen auf die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen auszurichten.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. fordert deshalb ein grundsätzliches Umdenken: Interkulturelle Kompetenz als generelles Strukturmerkmal von sozialen und pädagogischen Ausbildungsgängen, die Anerkennung der Unterschiedlichkeit familiärer Leitbilder als Voraussetzung einer verlässlichen Zusammenarbeit von Bildungseinrichtung und Elternhaus sowie Mehrsprachigkeit als Basis der Vermittlung von Lerninhalten.

Diskriminierung und Rassismus bestimmen die Lebenswirklichkeit von Bürger/innen unseres Landes weit stärker als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Vor allem Kinder und Jugendliche erfahren soziale Ausgrenzung aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Religion als individuelle Zurücksetzung, der sie sich ohnmächtig gegenüber fühlen.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. fordert deshalb alle Politiker/innen eindringlich auf, in den kommenden Wahlkämpfen eine ausgrenzende politische Rhetorik zu unterlassen und parteiübergreifend entschiedener gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus vorzugehen.